

Inserate
werden angenommen
in Bosen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gek. Ad. Schell, Hoflieferant.
Gr. Gerber- u. Breiterstr.-Ecke,
alte Mischl. in Rima
J. Hermann, Wilhelmplatz 8.
Verantwortliche Redakteure:
F. Nachfeld für den politischen
Theil, A. Bear für den übrigen
redaktionellen Theil, in Bosen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster

Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Bosen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Kst. Hoff, Kaasenstein & Pöglers & Co.
G. J. Paube & Co., Juchelshausen.
Verantwortlich für den
Inseratenthell:
F. Klugkist
in Bosen.

Nr. 873

Dienstag, 13. Dezember.

1892

Deutscher Reichstag.

13. Sitzung vom 12. Dezember, 12 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Saas und Tribünen sind mäßig besetzt.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die **Interpellation Buhl**,
betr. die Brauchbarkeit der neuen Gewehre.

Abg. Dr. v. Marquardien (nl.): Die von uns eingebrachte Interpellation ist der Ausführung der Ergebnisse des Abwärtigen Prozesses, in welchem der Staatsanwalt erklärte, daß die von dem Angeklagten erhobenen Vorwürfe im Stande gewesen seien, die Disziplin im Heere zu lockern. Im „Hamb. Korresp.“ stand sogar ein Artikel, in welchem ausgesprochen wurde, daß höhere Offiziere die Forderung gestellt hätten, die Lössischen Gewehre zurückzugeben und in Zukunft Bestellungen nur an Staatswerkstätten zu geben. Zwar haben die militärischen Sachverständigen die gute Qualität der Gewehre hervorgehoben, aber dieses Zeugnis hat nicht die wünschenswerte Wirkung bezüglich des Vertrauens der Soldaten und der Bevölkerung auf die Gewehre gehabt. Es ist daher notwendig, daß eine Beruhigung erfolgt durch den amtlichen Vertreter der Regierung gegenüber dem Reichstage und auch gegenüber der Nation.

Reichskanzler Graf Caprivi: Das Gewehr, mit dem die Infanterie zur Zeit bewaffnet ist, ist im Modell und in der Ausführung ein durchaus gutes und entspricht allen Anforderungen, die die moderne Kriegskunst an eine Handfeuerwaffe zu stellen hat. Das gilt im ganzen Umfange auch für die bei Löss hergestellten Gewehre. Der Gedanke, Löss die Gewehre zurückzugeben oder künftig bei ihm nicht mehr zu bestellen, ist der Reichsverwaltung noch nie gekommen. Wenn heute zu Tage über eine neue Waffe Beunruhigung entsteht, und in weite Kreise getragen wird, so liegt das weniger an der Waffe als an den Zeitverhältnissen. Ich habe noch den Uebergang vom Perkussionsgewehr zum Zündnadelgewehr durchgemacht. Ich entsinne mich der Angriffe, die damals gegen die neue Waffe erhoben wurden, sie waren noch schärfer als die heutigen Angriffe, nur hatten wir damals noch nicht die ausgebildete Presse, den Parlamentarismus, diesen Mittelpunkt der öffentlichen Meinung, wie heute. Sogar in Offizierskreisen wurden diese Angriffe gemacht. Ich darf mich auf das Urtheil eines sehr gewissenhaften und verdienten Mannes beziehen, des Generals Leopold von Gerlach, der in seinen Memoiren sagt: „Die Zündnadelgewehre sind ein Unglück für die Armee; sie werden gedankenlos eingeführt und gedankenlos angewendet.“ (Heiterkeit.) So dachten damals Hunderte, vielleicht Tausende. Man glaubte einen Bruch mit den Traditionen der preussischen Armee darin zu erblicken, daß nicht mehr so viel mit dem Kolben geschlagen werden konnte wie früher. Wenn das neue Gewehr, das seiner Natur und den Fortschritten der Kriegskunst und Technik gemäß ungleich subtiler ist als die früheren, in den Händen einer Landwehrtruppe, die es zum ersten Mal in die Finger bekommt, kleine Fehler erhält, so ist das kein Wunder, sondern natürlich. Es ist in dem Prozeß ausgesprochen worden, daß durch einen Vertrauensmißbrauch Papiere entwendet worden sind, die dem Artilleriechef des Regiments gehörten. Das ist ein kleiner, gemeiner Diebstahl, nicht mehr und nicht weniger (sehr richtig). Es ist kein einziges Schriftstück darunter, das etwa durch militärische Insignien als „geheim“ bezeichnet gewesen wäre; keines macht auch nur den Eindruck, als ob es als geheim bezeichnet werden müßte, sondern es sind Dinge vorgekommen, die überall vorkommen, und sie würden ihren Austrag in geordnetem Wege gefunden haben, wenn die Papiere nicht aus der Tasche eines Offiziers in Beseh, die auf dem Tische lag, entnommen worden wären und so in den Prozeß gebracht worden wären (hört! hört!). Ich habe 1880 persönlich bei der Mobilmachung die alten Perkussionsgewehre für das Kaiser-Franz-Grenadier-Regiment empfangen, und genau so viel Ausstellungen wurden daran gemacht wie an den jetzigen Gewehren. Jedes Artilleriechef, das Gewehre aufzunehmen hat und für deren Konservierung verantwortlich ist, hat ein lebhaftes Interesse daran, daß die Gewehre im vollkommensten Zustande sind, womöglich vollkommener, als sie ausgegeben wurden. Der Truppenteil hat die Instruktion, die Gewehre zu schonen; wenn aber das Artilleriechef dieselben zurücknimmt, so legt es die Lupe an, und jede Kleinigkeit wird bemängelt und alles wird gethan, sie wieder in den brauchbaren Zustand zu setzen. Das ist gut, aber man kann daraus nicht schließen, daß, wenn unter einer gewissen Anzahl Gewehre nach einer Uebung, die von dem Mannschaften mit noch nicht gebühten Fingern gemacht worden ist, Reparaturen notwendig sind, die Waffe schlechter wäre. Kein Schluß wäre falscher als dieser. Ich habe das Verzeichniß der Reparaturen, die bei dem Artillerie-Depot vorgenommen werden sollten. Es sind nur drei Theile, die auffallen könnten, das betrifft die Reparaturen an Kammer, Schloß und Abzugsfedern. Wenn Beschädigungen konstatirt werden, so kann der Grund an dem schlechten Umgang mit dem Gewehre liegen, oder daran, daß das Material nicht immer das gewesen ist, was es sein sollte, das kann man bei keiner Fabrikation verhindern. Daraus kann man aber nicht den trübseligen Schluß auf die Kriegsbrauchbarkeit der Gewehre ziehen. Es waren 486 Reparaturen notwendig. Wenn das im Kriege gewesen wäre, so würde zweifellos der größte Theil ohne Weiteres gebraucht worden sein. (Hört, hört!) Es sind bloß Reparaturen von Fehlern gewesen, die das Depot nicht länger in seinem Bestande dulden konnte. Ich will daran erinnern, daß von den Seitengewehren vom Modell 71, die doch keineswegs neuester Konstruktion sind und nicht von Löss, also von den Seitengewehren — ich setze voraus, daß die Herren wissen, was das ist — (Heiterkeit) bei demselben Bataillon 81 als reparaturbedürftig nach der Uebung bezeichnet wurden. Wenn das an einem Dinge geschieht, das nie geübt worden ist, so kann man sich nicht wundern, wenn eine ungleich größere Zahl von Reparaturen bei den Gewehren vorkommt, und diese Reparaturen beziehen sich vielfach auf ein und dasselbe Gewehr, so daß die Summe der reparaturbedürftigen Gewehre sich dadurch noch verringert. Es ist nun letzten vor Gericht verurtheilt worden, die Militärverwaltung in un-

verantwortlicher und gewissenloser Weise zu verleumden. Ich kann das als Angehöriger des deutschen Heeres und als Vertreter der auswärtigen Politik des Reiches nur auf das Schärfste brandmarken. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Sächsischer Kriegsminister Generalleutnant v. d. Planitz: Ich lege Werth darauf, dem, was der Reichskanzler ausgeführt hat, einiges hinzuzufügen. Ich kann das um deswillen, weil schriftlich und mündlich ausgeführt worden ist, daß bei den Uebungen der königlich sächsischen Armee besonders schlimme Erfahrungen mit den Lössischen Gewehren gemacht worden wären. Ich will hinzufügen, daß wir der Fabrik Löss vollständig objektiv gegenüberstehen. Die Fabrik hat nicht an uns geliefert, wir haben von ihr kein Gewehr abgenommen, sondern wir haben den größten Theil unserer Gewehre bei dem königl. preussischen Ministerium bestellt, welches dieselben in den Staatsfabriken und bei Löss hat machen lassen. Wir haben selbstverständlich auch einen Theil Lössischer Gewehre mitbekommen. Dies vorausgeschickt will ich bemerken, daß, als die erste Broschüre erschien, das sächsische Kriegsministerium lebhaft frappirt war und es für seine Pflicht hielt, sofort Erhebungen anzustellen, wie es mit den Lössischen Gewehren stehe. Es wurde ein Vergleichsschießen angeordnet und dabei 200 Lössische Gewehre herausgegriffen und in Vergleich gestellt mit Gewehren der Staatsfabriken. Jedes Gewehr wurde mit 50 Schuß belegt, und zwar 25 Schuß im gewöhnlichen Feuer, 25 Schuß im Schnellfeuer. Das Resultat war, daß die Lössischen Gewehre vollständig gleichwerthig waren denen aus Staatsfabriken. (Hört, hört!) Beruht in dieser Beziehung über die Kriegsbrauchbarkeit der Lössischen Gewehre, haben wir sie auch bei den Uebungen des Beurtheilungsstandes ausgeben. Es waren sechs Reservebataillone, von denen fünf das Lössische Gewehr gehabt haben. Ich bin bei diesen Uebungen dabei gewesen und habe nicht eine Mängelgegend, daß die Gewehre schlecht seien. Möglicherweise in der Leipziger „Neuen Deutschen Zeitung“ (Alta links) die Nachricht, es sollen bei einer Reserveübung 150 defekte Gewehre nach zwei Schießtagen vorgekommen sein. Ich hielt es für meine Pflicht, eine abermalige Untersuchung anzuordnen. Das Resultat war allerdings ein eigenthümliches. Es stellte sich heraus, daß zwar nicht 150, sondern 15 Gewehre (Heiterkeit), und zwar auch nicht wirklich defekt, sondern kleiner Reparaturen bedürftig gewesen sind. Es fand nun nach den Uebungen des Beurtheilungsstandes eine Untersuchung sämtlicher Gewehre, ungefähr 4000 statt, von denen 250 Lössische Gewehre waren. Hierunter sind an 187 meist ganz unerhebliche Reparaturen festzustellen gewesen. Jeder, der weiß, wie subtil das Gewehr ist, wird überzeugt sein, daß es gar kein Verhältniß ist, wenn von 4000 Gewehren 187 reparaturbedürftig sind. Bei Gelegenheit des kürzlich stattgefundenen Prozesses wurden erneut Angaben über die schlechte Beschaffenheit der Lössischen Gewehre gemacht, und zwar wurde behauptet, daß ein Büchsenmacher des sächsischen Schützenregiments in der Lössischen Fabrik Gewehre reparirt habe. Ich habe an Gerichtsstätte ausfragen lassen, daß keiner der drei Büchsenmacher des Schützenregiments irgend ein Gewehr, welches für die Uebungen des Beurtheilungsstandes gedient hat, reparirt hat. (Hört! hört!) Ferner wurde behauptet, daß bei einem Bataillon 30 Sicherungsflügel abgeprungen seien; das ist unrichtig, unwahr. Ferner wurde behauptet worden, daß einmal der Befehl zur Einstellung des Feuers wegen Mangelhaftigkeit des Gewehres gegeben worden sei. Vollständig erfunden! Zur Charakterisirung dieser Behauptungen möchte ich noch einen Punkt anführen. So war unter anderem gesagt worden, ein Bataillonskommandeur habe gesagt, legt eure Mündung nicht in die Erde, das können diese alten Lössischen Gewehre nicht vertragen. Er hat Folgendes gesagt: „Nehmen Sie sich in Acht, lassen Sie keinen Schmutz in die Mündung kommen, sonst springen die Gewehre, und dann heißt es wieder: „Alle Judenflinten!“ (Heiterkeit.) Nach meiner besten Ueberzeugung ist unter Gewehr vollständig kriegsbrauchbar. Die Lössischen Gewehre stehen den Gewehren aus anderen Fabriken nicht nach. Die Nation kann sich in dieser Richtung aller Sorgen entschlagen. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt die Interpellation Mirbach, betreffend die Haltung der deutschen Delegirten auf der Brüsseler internationalen Münzkonferenz.

Zur Begründung derselben führt Graf **Mirbach** (nl.) aus: Ueber die Brüsseler Konferenz fehlen alle offiziellen Berichte. Aus den Zeitungen aber weiß ich, daß sich die Vertreter der verbündeten Regierungen jeder Stellungnahme zu den Vorschlägen, betreffend Remonetisirung des Silbers enthalten haben. Dieser Standpunkt steht im Widerspruch mit einer amtlichen Erklärung des Herrn von Dechend vom Jahre 1882, in welcher eine Remonetisirung des Silbers gewünscht wurde, und mit den vom Geheimrath Schraut früher abgegebenen amtlichen Erklärungen. Ich bedauere lebhaft diese ablehnende Haltung. Eine Steigerung des Silbers bedeutet eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion. Die Silberwährung ist jetzt das einzige Mittel, unserer Produktion aufzuhelfen, nachdem die Zölle in den Handelsverträgen meist preisgegeben sind. Ohne die Remonetisirung des Silbers sind die ärmeren Landestheile an der Grenze ihrer Existenzfähigkeit angekommen.

Reichskanzler Graf Caprivi: Daß die Brüsseler internationalen Verhandlungen zur Diskussion im deutschen Reichstage gezogen werden, ist ein auffallendes Verfahren; noch auffallender ist es, wenn ich darauf antworte. Der wesentliche Grund, der mich dazu bestimmt, ist der, daß ich sehe, wie man draußen im Lande bepredigt, den Bimetallismus mit dem Antisemitismus vor denselben Wagen zu spannen. (Lebhafter Beifall links, Anrufe und Widerspruch rechts.) Die Behauptungen in der Interpellation des Grafen Mirbach sind vollständig irrig. Vollständig irrig ist zunächst die Behauptung, daß die anderen in Brüssel vertretenen Regierungen einmüthig handeln, und daß die verbündeten Regierungen Deutschlands sich ablehnend demgegenüber verhalten hätten. Die verbündeten Regierungen stehen heute noch auf demselben Standpunkt, auf dem sie sich seit 16 Jahren befinden. Wir sind der Meinung, daß die deutsche Position in Münzpolitik eine sehr gute ist. (Sehr wahr! links), doch es nicht nötig ist, die Initiative im Interesse anderer Staaten zu ergreifen. (Sehr richtig! links). Wir beklagen die Entwerthung des Silbers und seinen Preiswechsel,

und wir würden geneigt sein, wenn es sich nicht um das Prinzip unserer Währung handelte, in Einzelheiten zu KonzeSSIONen zu schreiten, wenn wir uns überzeugt hätten, daß die KonzeSSIONen erfolgreich den Uebelständen abhelfen könnten. Der Standpunkt der verbündeten Regierungen ist derselbe geblieben. Die Neuerungen des Bankpräsidenten v. Dechend in der „Nordd. Allg. Ztg.“ waren die eines hervorragenden Fachmannes, aber sie waren private Neuerungen. Was die Neuerungen des Geh.-Raths v. Schraut anbetrifft, so kann ich aus den Akten die Ansichten des Fürsten Bismarck, die zum Theil mit eigener Handchrift geschrieben sind, mittheilen, daß nämlich die Verhandlungen des Geh.-Raths v. Schraut über die vorgezeichnete Verhandlungslinie hinausgehen. Sie enthielten zwar nichts, was von uns nicht bewilligt werden könnte, aber die ausgesprochene Bereitwilligkeit sei verfrüht und geeignet, mißverständliche Meinungen über Deutschland zu erwecken, als ob dasselbe zur Förderung eines Arrangements beizutragen bereit sei, wodurch die Selbständigkeit Deutschlands beeinträchtigt werden könnte. Die Instruktionen, welche die deutschen Delegirten zur gegenwärtigen Münzkonferenz bekommen haben, lauten dahin: „Bezüglich Ihres Verhaltens auf dieser Konferenz wollen Sie sich zur Richtschnur dienen lassen, daß Deutschland an den Grundlagen seines Münzwesens Änderungen vorzunehmen nicht beabsichtigt, und keinen Anlaß erkennt, durch Eingehen von Verträgen sich seiner Selbständigkeit im Münzwesen zu entschlagen. Im übrigen ersuche ich Sie, eine möglichst informatorische Haltung zu bewahren, sich über die Absichten der betheiligten Regierungen zu orientiren und über die Lage der deutschen Verhältnisse Auskunft zu erteilen. Zu einer Mittheilung des Vorrathes der Reichsbank sind Sie nicht ermächtigt. Sollten diesbezügliche Anfragen gestellt werden, so ist meine Entscheidung einzuholen. Einwige Vorschläge sind ohne Präjudiz ad referendum zu nehmen.“ Der bisherige Verlauf der Konferenz, daß diese Instruktion vollkommen gerechtfertigt. Wenn ich darauf weiter eingehen wollte, so würde ich die Haltung anderer Regierungen zum Gegenstand meiner Betrachtungen machen müssen und damit vielleicht den Erfolg der dort gemachten Bemühungen in Frage stellen. Daher wird kein Mitglied der verbündeten Regierungen in öffentlicher Sitzung darauf noch weiter eingehen. Es ist in der letzten Zeit in Brüssel ein Dr. Arendt erschienen (Heiterkeit) und hat sich mit einem Empfehlungsschreiben des Grafen Mirbach eingeführt und gerirt sich dort als Vertreter der deutschen Bimetallisten. Ich lege Werth darauf, zu konstatiren, daß dieser Herr nicht in den mindesten Beziehungen zur deutschen Regierung steht. (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Pfetten (Ztr.) wünscht einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Landestheilen in wirtschaftlicher Hinsicht. Der Thaler-Vorrath müsse vermehrt werden. Ein dem Verkehrsbedürfnis entsprechender Silbervorrath müsse im Lande gehalten werden.

Abg. v. Kardorff (Rb.): In der That ist Dr. Arendt der Vertreter der deutschen Bimetallisten in Brüssel gewesen. Dr. Bamberger würde zu einer anderen Meinung über den Einfluß der Währung auf die Preisbildung kommen, wenn er die Werke Adolph Wagners und anderer lesen würde. Jeder Staatsmann aber hat die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Landwirtschaft wieder zu ihrem Recht kommt. Die Sozialdemokraten allerdings haben ein Interesse an der Goldwährung, damit die Milde, in der wir uns befinden, bestehen bleibt. Die Regierung muß dem mit Entscheidung entgegenwirken. Sobald Deutschland für diese Frage eintritt, ist sie entschieden. Unser Ackerbau leidet erdrückend unter der Konkurrenz mit den Ländern, die Silberwährung haben, während die Industrie nur mit Ländern konkurriert, in denen Goldwährung besteht. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Bamberger (Bfr.): Die Debatte, welche sich hier über die Konferenz, an der 20 Staaten Theil nehmen, entsponnen hat, hat nichts neues gebracht. Herr v. Pfetten hat sich noch in einer bestimmten Grenze bewegt, Herr v. Kardorff aber durchaus überpannt nach der einen Seite. Ich habe eine gewisse Beklemmung, daß in dem Augenblicke wo wir so wichtige Fragen verhandeln, auf die ganz Deutschland, ja die ganze Welt mit Spannung und Aufmerksamkeit blickt, diese Debatte gänzlich wechlos und verfehlt ist. (Sehr richtig! links.) An die Interpellanten möchte ich die eine Frage richten: Nehmen Sie an, die Reichsregierung hätte zu einer internationalen Konferenz, auf der sämtliche Kulturländer vertreten sind, Delegirte geschickt mit Instruktionen, die den Anschauungen der Interpellanten entsprechen, und von unserer Seite wäre eine Interpellation eingegangen: wie kamst Du, Regierung, Deine Delegirten so instruirten? Welch ein Sturm des Unwillens hätte sich da erhoben, mit welchen Eigenschaftswörtern wären wir dort traktirt worden, daß wir die deutsche Regierung vor sämtlichen anderen Regierungen der gebildeten Welt blamirt hätten. Die Berathung der Militärvorlage wird heute durch eine Kanonade auf die Regierung unterbrochen, damit Dr. Arendt zu seinen Ehren kommt. (Große Heiterkeit.) Die Debatten über Währungsfragen wiederholen sich recht häufig. Ein in Währungsfragen viel genannter Mann hat einmal gesagt, außer über Religion und Liebe sind die Menschen nie so oft verrückt geworden, wie über die Währungsfrage. (Große Heiterkeit.) Die Behauptungen der Interpellation sind unzutreffend. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob es richtig war, Interpellationen zu bringen auf einseitige Verichte von Zeitungen hin. Hätte man sich in authentischer Weise vergewissert, was die einzelnen Regierungen thun, so hätte man sich die Interpellation gespart. Es ist nicht richtig, daß alle auf der Konferenz vertretenen Staaten nahezu sich einmüthig den Bestrebungen auf Befestigung der Silberentwerthung angeschlossen haben. Es ist auch nicht richtig, daß die deutsche Regierung sich ablehnend verhalten hat. Schon die Beschickung der Konferenz war das Gegenstück eines ablehnenden Verhaltens. Wenn die verbündeten Regierungen die Bestrebungen ablehnend oder hochmüthig ignoriren wollten, so hätten sie wohl dasselbe gethan, wie Fürst Bismarck 1878, d. h. Delegirte überhaupt nicht geschickt. Jetzt schon die Beschickung der Konferenz ein Entgegenkommen, ein Interesse, so tritt dieses noch mehr hervor in den Erklärungen des Regierungsvertreeters, daß die Schwankungen des Silberpreises vom ökonomischen Standpunkt aus bedenklich sind, und daß es gut wäre, wenn diese Schwankungen beseitigt würden. Allerdings haben sich die deutschen

Delegierten der Abstimmung enthalten. Aber was sind das für große Dinge, zu denen sie ihre Zustimmung hätten geben können? Man hätte glauben müssen, daß die Delegierten Amerikas mit bestimmten Vorschlägen kommen würden, aber sie hatten keine Forderung präsentiert, und es ist doch merkwürdig, daß die Delegierten eines Staates von 60 Millionen Einwohnern sagen müssen, wir wissen nichts! (Heiterkeit.) Es wurde beschlossen, daß es außerordentlich wünschenswert wäre, wenn die Entwerfung des Silbers hintertrieben würde. Ist das so wichtig, daß man diesem Antrag beistimmt? Ebenso gut könnten wir beschließen, daß es wünschenswert wäre, wenn wir nächsten einen guten Sommer bekämen. (Heiterkeit.) Ich habe durch die Brüsseler Konferenz eine große Freude erfahren. Immer von neuem ist von den Bimetallisten gesagt worden, nun wird das Problem gelöst: wenn es nicht geschieht, geht die Welt unter. Aber mit jeder neuen Konferenz ist die Sache des Bimetallismus heruntergegangen. So tief, wie nach der Brüsseler Konferenz hat sie noch nie gestanden. Ich bin auch überzeugt, wenn der gegenwärtige Reichskanzler seinen Posten verläßt, und Graf Mirbach oder Herr v. Kardorff Reichskanzler würden, sie wären nicht im Stande, den Bimetallismus einzuführen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Sie können heute machen, was Sie wollen, der Bimetallismus ist tot. Sie waren längst gestorben, wie es im Dichterwort heißt, und wußten es selber nicht. (Große Heiterkeit.) Als Amerika zuerst Einladungen zu einer Konferenz erließ, stellte es den Antrag, man möge auf einem internationalen Kongreß die Frage des Bimetallismus, die Herstellung eines günstigen Verhältnisses zwischen den beiden Metallen in Angriff nehmen. Erst als von der holländischen Regierung die Antwort kam, auf diesem Fuß könne man sich nicht stellen, hat sich Amerika bequemt. Der Bimetallismus ist von der jetzigen Konferenz a limine abgewiesen worden. Auf dem Kongreß stellten sich zwei Arten von Bimetallisten gegenüber. Auch verschiedene Rezepte sind aufgestellt worden. Darunter ging das Rezept des englischen Banquiers Alfred v. Rothschild am weitesten. Darnach sollten sämtliche Staaten sich vereinigen und jährlich eine Summe von etwa 100 Millionen Mark ausgeben, um zur Hebung des Silberpreises fünf Jahre lang Silber anzukaufen. Als der Antrag ins Plenum kam, hat Herr v. Rothschild denselben selbst zurückgezogen. Der Antrag war weiter nichts, wie der Vorschlag einer kleinen Liebesgabe, die Europa den amerikanischen Silberminen geben sollte, um ihren Minenbetrieb zu heben. Ich bin kein Schwärmer für die Liebesgabe an die Branntweinbrenner, aber lieber als den amerikanischen Silberminenbeständen gebe ich doch noch unseren deutschen Brennern 100 Millionen Mark Liebesgabe mehr. (Heiterkeit.) Dann blieb noch der Antrag von Morris Levy übrig, nämlich daß kleine Goldmünzen von weniger als 20 Franken Werth aus dem Verkehr verschwinden sollen, und daß für diese Silbermünzen gesetzt werden sollen. Der englische Vertreter erklärte, selbst darauf nicht eingehen zu wollen. Selbst diese lumpige Konzeption wies England zurück. Sogar Amerika hat sich dagegen erklärt. Sie machen der Regierung den Vorwurf, daß sie die Delegierten nur angewiesen hat, ruhig, freundlich, wohlwollend alle Heißmaßregeln anzuhören. Wollen Sie, daß die Herren v. Glöckner und Hartung auch ein Rezept vorschlagen, es steht Ihnen ja frei, da so viele Herren nach Brüssel gelaufen sind, auch Jemanden hinzuschicken, der vor schlägt, wie man die Welt retten kann. Welche Vorschläge sind nicht alle gemacht worden, um die Quadratur des Kreises zu finden. Warten wir nun ab, was aus der Sache wird. Es ist gesagt worden, die englische Regierung nehme eine freundlichere Stellung ein als wir, sie habe sogar fünf Delegierte hingeschickt. Von diesen hat einer einen ganz unannehmbaren Vorschlag gemacht. Alle europäischen Staaten sollten verpflichtet werden, zu festen Preisen Silberbarren anzukaufen und in einem bestimmten Umfang Silbergeldmünzen auszugeben. Im Uebrigen haben sich die Delegierten Englands durchaus ablehnend verhalten, sie haben eine negative Stellung eingenommen gegen alles, was auch nur nach Silberwährung riechen könnte. Selbst Alfred v. Rothschild, welcher noch am entgegenkommendsten war, hat bei der Eröffnung der Konferenz erklärt, er sei ein abgekehrter Feind des Bimetallismus. Ein anderer Vertreter Englands hat eine fulminante Rede gegen den Bimetallismus gehalten, und der Direktor der englischen Münze hat erklärt, daß er in Uebereinstimmung mit der Instruktion seiner Regierung sich dagegen verwahre, irgend ein bimetallistisches Programm anzunehmen. Wir befinden uns in einer Zeit, wo der Krieg trotz aller frieblicher Zeichen in jedem Augenblick hereinbrechen kann, und da schlagen Sie vor, ein Weltbündnis zu Stande zu bringen, das beim ersten Kanonenschuß in Stücke geht? Was ist denn Ihre Unterlage für Ihre Vorschläge, vorausgesetzt, sie wären einen Schuß Pulver werth? (Heiterkeit.) Die Mitglieder der lateinischen Münzunion möchten am liebsten jeden Augenblick heraus, und es ist nicht entfernt daran zu denken, daß sie sich in einen neuen Vertrag einlassen; die Schweiz hat das ausdrücklich erklärt. Weniger als je ist die Möglichkeit gegeben, etwas zu Stande zu bringen. Das Verhältnis zwischen Silber und Gold war vor der Pariser Konferenz 1:15, während derselben 1:18, heute steht das Silber noch um 35 Prozent niedriger. Ich möchte den Gegenmeister sehen, der das Kunststück fertig brächte, durch eine künstliche Werthfestsetzung das Verhältnis mit einem Schläge um 35 Prozent zu erhöhen. Die Brüsseler Konferenz unterscheidet sich von der Pariser dadurch: Diese ging aus wie das Hornberger Schießen, die jetzige fängt an wie das Hornberger Schießen. (Große Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Leuchner (Rp.): Der Vorwurf, daß wir von der Sache nichts verstehen, ist unrichtig. Die Frage ist für jeden leicht verständlich, der sich mit der Produktion in Gold- und Silberländern beschäftigt und den Silberkurs verfolgt. Wir haben ein Interesse an der Blüthe der Landwirtschaft. Sie kann aber nicht blühen, so lange die Goldwährung besteht. Die Anhänger der Goldwährung behaupten, der Preis des Silbers sei wegen der Ueberproduktion gesunken. Das ist unrichtig. Die Gesetzgebung hat die Konsumtionsfähigkeit des Silbers gebündelt und in Folge dessen die Nachfrage nach Silber vermindert. Wir müssen ein Interesse unserer wirtschaftlichen Zukunft mit der Goldwährung brechen. (Beifall rechts.)

Abg. Graf Mirbach (kon.): Ich habe in meine Ausführungen keine Schärfe hineingebracht. Ich habe lediglich betont, wir könnten mehr leisten, wenn man uns regierungsfreudig zu Hilfe käme. Es ist mir deshalb unerfindlich, wie man mir vorwerfen konnte, ich spannte Bimetallismus und Antisemitismus vor denselben Wagen. Ich hätte gewünscht, der Reichskanzler wäre in der Sache besser orientiert. Ich persönlich habe es verhorresziert, in unser Programm etwas, was sich auf die Juden bezog, aufzunehmen. Ich habe selbst eine motivirte Erklärung abgegeben, daß meine Parteigenossen aus Oppressen sämtlich diese Stellung zu der Frage einnehmen. Nun glaube ich allerdings, daß die jetzige Fassung des Programms weder eine Gefahr noch einen Nutzen für uns hat. Was nun Dr. Arendts Stellung auf dem Kongreß betrifft, so betone ich, daß ich niemals im Solde einer Regierung gestanden habe. Ich schrieb an den Grafen v. Alvensleben: „Ich empfehle Ihnen Dr. Arendt, wollen Sie sich freundlichst seiner erinnern.“ Graf v. Alvensleben ist ein Corpsbruder von mir. (Heiterkeit links.) Sie (links) sind eben nicht Corpsstudenten gewesen. Wir stehen in vielfachen persönlichen Beziehungen zu einander. An eine derartige Beziehung habe ich auch beim Grafen Alvensleben appellirt. Ich bin kein Staatsmann, aber ich bemühe mich, eine staatsmännische Ruhe in allen Lagen des Lebens zu bewahren. Ich verwahre mich also in aller staatsmännischen Ruhe (Wachen links) gegen die Behauptung, ich spannte Bimetallismus und Antisemitismus vor denselben Wagen. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich werde mich derselben staatsmännischen Ruhe befleißigen wie der Vorredner. (Große Heiterkeit.) Er hat gesagt, ich hätte geäußert, er spanne Antisemitismus und Bimetallismus vor denselben Wagen und er schlage mit der antilemischen Peitsche. Ich habe das nicht auf den Grafen Mirbach angewandt. Ich habe keine Person erst am Ende meiner Rede genannt, als ich von Dr. Arendt sprach. Ich habe meine Äußerung für die Leute draußen im Lande gethan. Dafür habe ich einen ganz guten Grund. Ich habe Werth darauf gelegt, die Stellung der Reichsregierung dem Antisemitismus und Bimetallismus draußen dem Lande gegenüber festzustellen. Die Ereignisse der letzten Woche, die zu dem Betrübnissen gehören, was ich in meinem Leben erfahren habe (lebhaftes Rufen: Hört, hört!), haben mich bestimmt, nicht hinter dem Berge zu halten und zu sagen, wie ich zu dem Dinge stehe. Ich kann es sehr wohl begreifen, daß man Antisemit sein kann, ich kann es begreifen, daß man Bimetallist sein kann, ich kann es auch begreifen, daß man beides sein kann (Heiterkeit), aber wenn der Antisemitismus oder Bimetallismus eine demagogische Behandlung erfährt, dann ist es für die Reichsregierung unmöglich, sich dem nicht zu widersetzen, und es ist unmöglich zu verstehen, wie sich patriotische Männer damit befassen können (Sehr richtig! links.) Von einem Redner des konservativen Parteitages wurde das Wort „demagogisch“ für die konservative Bewegung geradezu empfohlen, ohne Widerspruch zu erfahren. Wenn man glaubt, daß in gewissen Dingen im Lande Wandel geschafft werden muß, so würde ich es begreiflich finden, wenn ein Antrag auf Aufhebung des Gesetzes vom 17. Juni 1869 hier eingebracht würde. Wenn aber das Bestreben, dessen erster legislativischer Schritt ein solcher Antrag sein müßte, anstatt dessen draußen agitatorisch und demagogisch verwertet wird, so muß ich dem mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln entgegen treten. (Sehr richtig! links.) Die Versuche zu einer solchen agitatorischen Verwertung sind mir bekannt, und der Bimetallismus ist ein Pferd, das sich zu diesem Gebrauche besonders eignet. Weil es wenig Leute giebt, die vom Bimetallismus etwas verstehen, ist er ein geeignetes Agitationsmittel. Es ist gesagt worden, das wäre nicht schwerer zu verstehen, als etwas von den Seitengewehren. Darauf trat ein Abgeordneter auf, der anderer Ansicht war, und dokumentirte, daß es doch schwer sein müsse, daß man auch anderer Ansicht sein könne. Wenn nun der Bimetallismus auf diese Weise ein sehr geeignetes Agitationsmittel ist, so wird er auch ein sehr gefährliches Agitationsmittel. Seit Jahren wird dem Lande gesagt, wenn nur der Bimetallismus eingeführt würde, dann würden die Klagen der Landwirtschaft schwinden. Ich für meine Person bin doch noch zweifelhaft, ob diese Behauptung richtig ist, und ich sehe, daß Männer, die sich damit mehr als ich beschäftigen haben, auch zweifelhaft sind. Von einer Seite wird die Abstimmung über die Militärvorlage von der Haltung der Regierung zum Bimetallismus abhängig gemacht. Wenn Jemand die Absicht haben sollte, mein Verhalten in der Militärvorlage durch Einschüchterung zu beeinflussen, so würde er die Rechnung ohne den Wirth gemacht haben. Ich vertrete die Militärvorlage, weil ich die feste Ueberzeugung habe, daß die Existenz Deutschlands davon abhängig ist. Wie das Votum der Herren über den Bimetallismus ausfällt, das kann meine Haltung in Bezug auf die Militärvorlage nicht beeinflussen. Ich mache aber eben so wenig Anspruch, die Herren in Betreff des Bimetallismus zu beeinflussen. (Beifall.)

Abg. v. Schalscha (Btr.): Das Brillantfeuerwerk des Abg. Bamberger wird bald verblühen und völlige Finsternis eintreten. (Heiterkeit.) Die öffentliche Meinung geht dahin, daß unsere Geldverhältnisse anders geregelt werden müssen, um die Missethäter zu bestrafen, welche nicht weggelugnet werden kann. Die Anfänge des Antisemitismus begannen mit Einführung der Gewerbefreiheit. Auf der Konferenz waren gerade Juden wie Morris, Levy und Rothschild, hat man denn gerade jüdische Antisemiten nach Brüssel geschickt, die sich für die Doppelwährung ausgesprochen. (Heiterkeit.) Ich protestirte gegen die Zusammenstellung von Bimetallismus und Antisemitismus, die der Herr Reichskanzler beliebt hat.

Abg. Büling (nat.-lib.): Ich danke dem Herrn Reichskanzler dafür, daß er in so würdiger Weise gegen das antisemitische Demagogentum geredet hat. (Beifall links.) Unruhe und Widerspruch rechts.) Es ist bedauerlich, daß der Bimetallismus als Agitationsmittel bei dem kleinen ländlichen Grundbesitz verwendet wird, denn der Gegenstand wird nicht verstanden von der Bevölkerung. Meine Partei ist nahezu einig in ihrer Gesinnung in ihrem Widerstand gegen den Bimetallismus. Die Einführung desselben würde im Kriegsfall für unsere Finanzverhältnisse bedenklich sein, weil die Reichsbank alsdann mit der Einführung unserer Verbindlichkeiten in Verlegenheit kommen würde. Dem Gedanken könnte man ja näher treten, ob nicht etwas mehr Silber, aus praktischen Gründen, in den Verkehr gebracht werden könnte. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß auf dem Lande großer Mangel an Silber im Herbst herrscht. Das Unternehmen, im Wege von Staatsverträgen den Preis für Silber zu steigern, ist völlig ausichtslos. Hinbildungen helfen nichts. Denn die Preisbildung vollzieht sich auf dem Weltmarkt nach dem unabhängigen Gesetz von Angebot und Nachfrage. Nur durch die Goldwährung ist es Deutschland gelungen, die Stellung einzunehmen, die es thatsächlich einnimmt. Die Behauptung ist unrichtig, daß die Nothlage unserer Landwirtschaft mit der Goldwährung in Zusammenhang steht. (Lebhaftes Zustimmung.) In den Ländern, mit denen die deutsche Landwirtschaft konkurriert, besteht Goldwährung, Silberwährung und Doppelwährung. Die Länder, welche jetzt zur Goldwährung übergehen wollen, z. B. Oesterreich-Ungarn, wissen doch auch, was in ihrem Interesse liegt. Ich verstehe wirklich nicht, aus welchen Gründen wir zur Silberwährung übergehen sollen, um den Silberinteressenten zu Hilfe zu kommen. Deshalb wünschen wir auch nicht, daß die Delegierten in Brüssel andere Erklärungen hätten abgeben sollen als sie gethan haben. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Graf v. Ballestrem (Btr.): Ich habe die Erklärung abgegeben, daß Abg. v. Schalscha weder im Auftrage noch im Namen der Zentrumsfraktion gesprochen hat. Wenn er von Freunden gesprochen hat, so kann er nicht seine politischen Freunde aus der Zentrumsfraktion gemeint haben, sondern nur diejenigen, die mit ihm im Bimetallismus einig sind. (Heiterkeit.)

Abg. Bebel (S.-D.): Die Äußerungen des Abg. v. Kardorff über die Haltung der Sozialdemokraten zur Währungsfrage sind unrichtig, denn der verstorbene Abg. Kaiser z. B. war ein Bimetallist. Als Gesamtpartei stehen wir nach wie vor auf dem Boden der Goldwährung, wie ja schon aus dem „Kapital“ von Marx hervorgeht. Deutschland verbandt seine Stellung auf dem Weltmarkt nicht zum wenigsten der Goldwährung. Das Werthverhältnis zwischen Gold und Silber von 1:15 läßt sich gar nicht festlegen und eine längere Zeit festhalten. Eine nicht vorausgesetzene Vermehrung der Gold- oder Silberproduktion führt das Verhältnis sofort. Selbst wenn Graf von Mirbach Reichskanzler würde, so könnte er nicht das durchführen, was er heute als unverantwortlicher Abgeordneter hier ausführt. Die Arbeiter haben in dieser Frage ausnahmsweise einmal dasselbe Interesse wie Bourgeois, bei Einführung des Bimetallismus würde der Arbeiter durch die erfolgende Preisveränderung nur Nachtheil erleiden, während die Agrarier durch eine schlechtere Währung in der Lage sein würden, die aufgenommenen Hypotheken mit minderwerthigerem Gelde zu bezahlen. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiterklasse ist im höchsten Grade an der Aufrechterhaltung der Goldwährung interessiert. Einer Preissteigerung, wie sie der Bimetallismus zur

Folge hat, folgt die Erhöhung der Löhne erst später nach, und so würden die Arbeiter hier ebenso die Kosten tragen wie bei den Kornzöllen und Viehzöllen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Frege (Btr.): Die Goldwährung ist die Vorbedingung für die Einführung des Schutzsystems gewesen, und ihre Abschaffung wird auch den Schutzoll entbehrllich machen. Die Gegner des Schutzolls müßten also den Bimetallismus befürworten. Nicht der Großgrundbesitz, sondern gerade der mittlere Bauernstand hat ein Interesse an der Doppelwährung. Mit dem guten Willen der deutschen Regierung hätte sich wohl ein annehmbarer Vorschlag zu Stande bringen lassen. Der Bimetallismus wird einstmals doch erscheinen. Die deutsche Industrie hat nicht durch die Goldwährung ihre Stellung auf dem Weltmarkt errungen, sondern durch ihre Tüchtigkeit. Die Silberwährung wird der Industrie nicht schaden. Ich muß mich dagegen verwahren, daß in den Reihen meiner politischen Freunde wirtschaftspolitische Gesichtspunkte mit der Militärvorlage verquidelt werden. Die Person des jetzigen Reichskanzlers bürgt uns dafür, daß wir ihm vertrauen können. Die Konservativen, die unabhängig von allen Strömungen des Tages sich dem großen Zuge der Zeit anschließen, verlangen, daß die hohen Interessen der Nation Berücksichtigung finden. Den Worten auf Seiten der Regierung werden wir unter allen Umständen Achtung entgegenbringen. Möge er nicht glauben, daß ein Konservativer sich unterfangen werde, ihn bei einer wirtschaftlichen Frage einzuschüchtern, ebensowenig, wie sich die Konservativen einschüchtern lassen. (Beifall rechts.)

Nunmehr soll ein Schlußantrag zur Abstimmung gebracht werden.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Bittet gegen den Antrag zu stimmen, da ein Vertreter des Antisemitismus noch nicht zum Worte gekommen sei. Als ihm vom Präsidenten des Hauses vorgehalten wird, daß Diskussionen über Schlußanträge nicht zulässig seien, bezweifelt er die Befähigung des Hauses, zu entscheiden, ob er, als er merkt, daß die Mehrheit des Hauses gegen den Schlußantrag ist, seinen Zweifel zurück.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antif.): Ich werde in meiner Rede gleichfalls staatsmännische Ruhe bewahren. (Heiterkeit.) Ich bin, ebenso wie Abg. Büling, dem Reichskanzler für seine Erklärung des Antisemitismus sehr dankbar. Die Regierung begreift schon, daß man Antisemit sein kann. Das ist ein großer Fortschritt. Einen Antrag auf Aufhebung des Judenemanzipationsgesetzes werden wir stellen, sobald wir die nöthige Anzahl von Unterschriften haben. Wir werden diesen Gegenstand auch weiter behandeln, allerdings nicht in demagogischer Art. (Zuruf links.) In unseren Verhandlungen geht es durchaus patriotisch, nicht demagogisch zu. (Ruf links: Rabaul! Rabaul!) Rabaul tragen die Sozialdemokraten hinein. Auch ich bin Bimetallist, und ich glaube, Herr von Kardorff wird bereit sein, auch aus antisemitischen Giftblumen Honig zu saugen (Heiterkeit), wenn bereit eine große antisemitische Fraktion hier im Hause bimetallistische Anträge stellt. Der Antisemitismus ist hervorgerufen durch die Vergiftung weiter Volksschichten, durch das Grubenruinwesen und den Gründerwindel. Herr v. Kardorff scheint von dem Antisemitismus nicht viel wissen zu wollen. Das wird für mich die Veranlassung sein, die Schriften Slogaus, in denen von Herrn v. Kardorffs Teilnahme am Gründungswindel die Rede ist, noch eingehender als bisher zu studiren und die Ergebnisse meines Studiums für den Antisemitismus zu verwerthen. Der Reichskanzler sprach von demagogischen Ausschreitungen des Antisemitismus. (Ruf links: Rabaul!) Herr Barth, Sie sind nicht der Souffleur des Herrn Reichskanzlers. (Heiterkeit.) In solchen Ausschreitungen können nur die Gegner des Antisemitismus ein Interesse haben. Ich wenigstens werde stets nach Möglichkeit solche Ausschreitungen zu verhindern suchen. Möchte doch der Reichskanzler seinerseits dem Antisemitismus näher treten, er wird sehen, wie große Kreise, die von aller Demagogie unberührt sind, hinter den Antisemiten stehen. Graf Mirbach meinte, die Aufnahme des Passus über den Antisemitismus ins konservative Programm werde weder schaden noch viel nützen. Ich bin der Meinung, es wird sehr viel nützen. Seine Aufnahme wird dazu dienen, uns neuen Boden zu schaffen, wenn auf die Worte die That folgt. (Hört, hört! links.) Der Reichskanzler hat geglaubt, den Antisemitismus als Vorwand für den Bimetallismus anzuführen zu können. Um im Bilde zu bleiben, der Antisemitismus kann sehr viel durchziehen, was der Bimetallismus allein nicht kann. Der Antisemitismus ist ein feuriges Roß und erfordert eine Art kavalleristischer Behandlung. Der nächste große innere Staatsmann der Zukunft (Rufe links: Wann?) — er wird kommen — wird die Möglichkeit haben, den Antisemitismus dazu zu benutzen, den Staatswagen wieder aus dem Abgrunde herauszuziehen, denn er jetzt zurollt. (Beifall rechts.)

Hiermit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Graf v. Mirbach, daß auch andere Abgeordnete die Äußerungen des Reichskanzlers über Antisemitismus und Bimetallismus als gegen ihn gerichtet anfaßen. Er habe die seiner sozialen Stellung schuldige Rücksicht genommen, und der Reichskanzler möge in Zukunft den parlamentarischen Rednern mehr Aufmerksamkeit zuwenden.

Reichskanzler Graf Caprivi: Ich verweise auf den stenographischen Bericht.

Abg. v. Schalscha (Btr.) bemerkt, daß er unter der Bezeichnung „Freunde“ nur seine bimetallistischen Freunde gemeint habe.

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Das Slogausche Buch ist in meinem Wahlkreise von allen Gegenparteiern folgorirt und gegen mich ausgebeutet worden. Wenn die darin aufgestellten Behauptungen nicht als Unwahrheit aufgefakt worden wären, wäre ich wahrscheinlich nicht mit solcher Einstimmigkeit auch von meinen politischen Gegnern in den Reichstag und Landtag gewählt worden.

Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr. (Fortsetzung der ersten Berathung der Militärvorlage.) (Schluß 5 Uhr.)

Zur bevorstehenden Stadtverordneten-Stichwahl.

In Entgegnung des jüngst in unserm Blatte veröffentlichten Eingekandt eines Wählers der I. Abtheilung zu der am 15. d. M. bevorstehenden Stichwahl zwischen den Herren Affessor a. D. Jaffe und Salomo Heyner erhalten wir mit der Bitte um Aufnahme folgende Zuschrift:

Die Stichwahl am 15. Dezember verdient noch eine kurze Besprechung. Sowohl in dieser Zeitung als auch im „Posener Tageblatt“ hat ein Wähler der ersten Abtheilung in einem Eingekandt seine Stellung zu der bevorstehenden Stichwahl kundgegeben; derselbe hat sich für Herrn M. Jaffe ausgesprochen und gemeint, daß deutsch-freisinnige Wahl-Komitee hätte die Klugheit besitzen müssen, namentlich da es sich um die Wähler der ersten Abtheilung handle, zu der eigenmächtigen Abänderung der offiziellen Kandidatenliste zu schweigen. Denn in der That, daß Herr M. Jaffe mehr Stimmen erhalten habe, als der offizielle Kandidat Herr S. Heyner, liege ein Protest gegen das Wahlkomitee. Der Herr Eingekander ist auch außerhalb der Redaktionen der „Posener Zeitung“ und des „Posener Tageblattes“ bekannt geworden. Derselbe gehört der deutsch-freisinnigen Partei nicht an, hat sich vielmehr bei den letzten politischen Wahlen durch seine Abstimmung zu den Parteiparteien bekannt-

Dah der Herr Einsender daher zu einem Proteste gegen das deutsch-freisinnige Wahl-Komitee oder auch nur zu einer Bezugnahme auf den angeblich von einem Theile der deutsch-freisinnigen Wähler erhobenen Protest nicht befugt ist, bedarf keines weiteren Beweises. Für den Herrn Einsender, der zu den Kartellparteien gehört, kann leicht das mit dem Deutschen Vereine abgeschlossene Kompromiß maßgebend sein. Soweit wir die Wahlverhandlung aus der ersten Abtheilung kennen, ist das Kompromiß auch von allen nicht freisinnigen deutschen Wählern durch Stimmabgabe für Herrn S. Hepper für die Beobachtung worden. Die Aufforderung des Herrn Einsenders, gleichwohl Herrn M. Jaffé in der Stichwahl die Stimme zu geben, erscheint von dem politischen Standpunkte des Herrn Einsenders daher einfach als ein Versuch, das Kompromiß zu brechen. Es darf aber wohl mit Zuverlässigkeit darauf gehofft werden, daß dieses Beispiel auf Seiten der den Kartellparteien angehörigen Wähler keine Folge finden wird.

Abgesehen von den Ausführungen des Herrn Einsenders liegt für die deutsch-freisinnigen Wähler zu einem Proteste gegen das deutsch-freisinnige Wahlkomitee gar keine Veranlassung vor. Die Herren M. Jaffé und S. Hepper sind beide durch die freisinnige Wahlversammlung zu Stadtverordneten-Kandidaten aufgestellt worden und in dem gegenwärtigen Stadium handelt es sich einfach um die Ausführung der Beschlüsse der genannten Wahlversammlung. Die letztere hat nicht beschlossen, im Falle des Unterliegens des Herrn M. Jaffé im 1. Bezirke der dritten Abtheilung Herrn M. Jaffé für die erste Abtheilung auf Neue als Kandidaten aufzustellen. Wer daher als freisinniger Wähler der Ueberzeugung ist, daß Nichts einer Parteiorganisation mehr schaden kann als das eigenwillige Abweichen von gefassten Beschlüssen, daß nichts verderblicher ist für einen Parteiverband als die Disziplinlosigkeit, der wird schon allein aus Interesse an der unverfälschten Erhaltung der Organisation der freisinnigen Partei am hiesigen Orte daran festhalten müssen, dem offiziellen Kandidaten Herrn S. Hepper seine Stimme zu geben. Jedes Beharren auf einer anderen, als der offiziellen Kandidatur ist schädlich für die freisinnige Sache. Es ist gewiß nicht leicht, alle zwei Jahre neue geeignete Kandidaten für das Amt eines Stadtverordneten zu finden. Wer aber von solchen Kandidaten wird sich in Zukunft noch mit einem Wahlkomitee einlassen wollen, das nicht die Kraft besitzt, die ungeheuerliche Aufrechterhaltung einer einmal aufgestellten Kandidatur durchzusetzen? Für Niemanden ist es ein Vergnügen, bei einer Wahl durchzufallen und vor einer solchen Eventualität kann kein Wahlkomitee einen Kandidaten bewahren. Daß aber die Partei bei einer Kandidatur verbleibt, die die zuständigen Organe der Partei einmal aufgestellt haben, das ist ein Gebot der Ehrlichkeit und Treue, dessen unbedingte Beobachtung jeder Kandidat zu verlangen berechtigt ist.

Daß sich allen diesen Erwägungen auch die Wähler der ersten Abtheilung nicht verschließen dürfen, versteht sich von selbst. Die Wähler dieser Abtheilung haben kein Vorrecht. Und daher handelt das deutsch-freisinnige Wahlkomitee nicht nur nicht unklug, als es seine Stellungnahme zu der Stichwahl bekannt gab, sondern es erfüllte vielmehr damit eine dringende Verpflichtung politischer Konsequenz.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 12. Dez. Der Bundesrath ertheilte in der am 9. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem vom Reichstage angenommenen Gesetzentwurf, betr. die Einführung des § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes und dem Entwurf eines Gesetzes wegen Ergänzung der Bestimmungen über den Wucher die Zustimmung und erklärte sich mit der Webervorlegung des Gesetzentwurfs gegen den Verrath militärischer Geheimnisse an den Reichstag einverstanden. Der Antrag Wabers, betr. Ausnahmen vom Verbot des Umlaufs fremder Scheidemünzen, der Freundschafts-, Handels- und Schiffsabzugsvertrag mit dem Freistaat Kolumbien und der Entwurf von Vorschriften über die Verwendungs von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen wurden den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Von der Denkschrift über die Cholera-Epidemie dieses Jahres nahm die Versammlung Kenntniß.

Hamburg, 12. Dez. Nach einer den hiesigen Behörden aus Friedrichsort bei Kiel zugegangenen Nachricht ist daselbst ein Mann erhängt aufgefunden worden, in dem man den flüchtig gewordenen Banquier Carow, Theilhaber der insolventen Bank- und Wechsel-firma Carow & Bartels vermutet. Zur Rekognoskierung der Leiche ist ein Beamter nach Friedrichsort entsandt worden.

Bremen, 12. Dez. Dem „Bismarck-Bureau“ wird aus Queenstown gemeldet: Als der Dampfer des Norddeutschen Lloyd „Spree“ im Schlepptau eines Dampfers das auf der hiesigen Röhde liegende Kriegsschiff „Triumph“ passirte, stellte sich die Mannschaft des englischen Kriegsschiffes in Parade auf. Die Musikkapelle desselben spielte die „Wacht am Rhein“.

Münster, 12. Dez. Nach den nunmehr aus sämtlichen Wahlorten des Reichstagswahlkreises Kaufbeuren-Mindelheim vorliegenden Nachrichten stellt sich das vorläufige Wahlergebnis, wie folgt: Zinth (Zentr.) 7965 St., Sigl (Zentr.) 3143, Wagner (natlib.) 2762 und Zitt (Sozialdemokrat) 799 Stimmen.

Salzgitter, 12. Dez. Amtliches Ergebnis der Landtagsersatzwahl im Wahlkreise Marienburg-Goslar (3. Regierungsbezirk Hildesheim). Die Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen beträgt 239. Hiervon erhielt Fabrikant Horn-Goslar (natlib.) 122, Gutsbesitzer Jordan-Hall (natlib.) 117 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Wien, 12. Dez. Abgeordnetenhaus. Bei der heute fortgesetzten Debatte über die Antwort, welche der Ministerpräsident Graf Taaffe am Freitag auf die Interpellation betreffend die Geschäftsabbarung der Versicherungsgesellschaft „Oesterreichischer Lloyd“ ertheilt hatte, erneuerten die Abgeordneten Gehmann und Lueger ihre Vorwürfe; die heftige Form derselben hatte für Jeden von beiden einen Ordnungsruf zur Folge. Von Seiten der Regierung widerlegten Sektionschef Blappart und der Sektionsrath im Justizministerium Call die vorgebrachten Beschwerden. Ersterer mit dem Ausdruck des Bedauerns über die Störungen der wohlgemeinten Sanitätsaktion der Regierung durch derlei Angelegenheiten und mit der Versicherung, daß die Regierung die Sanitätskräftigkeits fördern werde.

Pest, 12. Dez. Das Abgeordnetenhaus begann heute die Budgetberathung. Die 1848 er Partei brachte einen mit staatsrechtlicher Begründung versehenen Antrag auf Ablehnung des Budgets ein.

Pest, 12. Dez. Das Amtsblatt veröffentlicht nachstehenden amtlichen Cholerabericht: In Pest ist am 9. d. M. weder eine Erkrankung noch ein Todesfall in Folge von Cholera vorgekommen; in Zenta waren vom 25. bis zum 30. November zwei Erkrankungen und ein Todesfall an Cholera zu verzeichnen; auf dem Gebiete des Graner Komitates ist die Epidemie vollständig erloschen.

Kopenhagen, 12. Dez. Die auf dem Strandwege gelegene sogenannte Schwanenmühle (Wind- und Dampfmühle) ist in der vergangenen Nacht abgebrannt. Etwa 9000 Tonnen Weizen und ein großer Mehlvorrath wurden ein Raub der Flammen. Der angerichtete Schaden wird auf etwa eine halbe Million Kronen geschätzt.

Paris, 12. Dez. Der „Matin“ veröffentlicht in einer besonderen Ausgabe einen Bericht über die Zusammenkunft Henri des Pour's mit dem Fürsten Bismarck in Warzin. Der Fürst habe von der Kaiser Depesche sprechend wiederholt, er habe das Recht gehabt, die Redaktion zu ändern, indem er sie kürzte und dadurch kategorischer und deutlicher machte, er habe aber kein Wort hinzugefügt, das nicht wahr gewesen wäre.

Paris, 12. Dez. Der Rath am Kassationshofe Tanon ist an Stelle Mesnager de Beaupaire's zum General-Staatsanwalt ernannt worden.

Paris, 12. Dez. (Deputirtenkammer.) Des Rotours (konservativ) und Jourde (sozialist) befragten einen Antrag, wonach eine Börsensteuer eingeführt werden soll, damit die Alkoholversteuer herabgesetzt werden könne. Der Finanzminister Rouvier beämpfte den Antrag. Die Frage sei eine überaus schwierige und könne nur nach reiflicher Prüfung gelöst werden. Die Inbetrachtung des Antrages wurde hierauf mit 230 gegen 208 Stimmen beschlossen, der Antrag wurde an eine Kommission verwiesen.

Paris, 12. Dez. (Panama-Untersuchungs-Kommission.) Bei Beginn der heutigen Sitzung machte Carrien, der der Kommission als Mitglied angehört, Mittheilungen bezüglich eines heute Vormittag erschienenen und Cornelius Herz betreffenden Artikels des „Figaro“. Er selbst habe im Jahre 1885 als damaliger Minister der Posten Cornelius Herz kennen gelernt, denselben jedoch seit der Zeit, wo er sich im Ministerrathe der Ertheilung einer Konzeption zu Gunsten einer Telephon-Gesellschaft widerlegt habe, nicht wieder gesehen. Cornelius Herz sei keineswegs sein Freund gewesen, derselbe würde sicherlich nicht zögern, der Kommission, wenn diese es wünschen sollte, gewisse ihn betreffende Schriftstücke vorzulegen.

Die von der Kommission gewählte Delegation wird morgen im Geschäftszimmer des Generalstaatsanwalts mit der Durchsicht der gerichtlichen Akten beginnen.

Paris, 12. Dez. Die Kommission für die Verathung des Antrags Bourquerry, durch welchen die Panama-Kommission ermächtigt werden soll, den Untersuchungsrichter der Kommission beizugesellen, hörte heute den Justizminister Bourgeois. Derselbe erklärte, der Antrag verstoße gegen alle rechtlichen Grundsätze, theilweise auch gegen die Verfassung; außerdem sei er unnütz, da die Panama-Untersuchungs-Kommission sich für hinreichend ausgerüstet erklärt habe. Der Antrag Bourquerry wurde nach dem Weggange des Ministers von der Kommission mit einer unwesentlichen Aenderung angenommen.

Madrid, 11. Dez. Der Kriegsminister Lopez-Dominguez ist interimistisch auch mit der Verwaltung des Marineministeriums betraut worden. Der Ministerrath hat nunmehr beschlossen, in der morgigen Sitzung der Deputirtenkammer ein Dekret zu verlesen, durch welches das Parlament vertagt wird, von einer förmlichen ministeriellen Erklärung dagegen abzusehen.

London, 12. Dez. Groß, Mitglied des Unterhauses für Liverpool, ist an Typhus gestorben.

Gutem Vernehmen nach wird sich der Premierminister Gladstone nach Biarritz begeben, um daselbst das Weihnachtsfest zu verbringen.

Wie der „Standard“ aus Konstantinopel meldet, stimmte der Ministerrath im Allgemeinen dem Projekte Kaulla betreffs Ausdehnung der Eisenbahnlinie von Angora nach Cesarea zu, hält jedoch die hierfür geforderte Garantie für zu hoch.

Athen, 12. Dez. Für Probenienzen aus Marseille und Stalien wurde die freie Zulassung gewährt. Nach dem 7. d. M. aus Triest abgegangene Probenienzen unterliegen einer ständigen Beobachtung; die Luxurante für Probenienzen aus Odessa wurde auf eine fünftägige Beobachtung herabgemindert.

Sofia, 12. Dez. In Betreff der Vorbeugungsmaßregeln gegen die Einschleppung der Cholera sind folgende Beschlüsse des Gesundheitsraths in Kraft getreten. Die den Orient-Expresszug benutzenden Reisenden unterliegen in Zaribrod einer ärztlichen Beobachtung und dürfen dann bis zur Station Mustapha Pascha den Zug nicht verlassen. Für Reisende aus Serbien und Oesterreich Ungarn nach Bulgarien sowie für Passagiere des Orient-Expresszugs ist eine ärztliche Beobachtung von 24 Stunden vorgeschrieben, während die Dauer der ärztlichen Beobachtung für Reisende aus den russischen Häfen des Schwarzen Meeres und den Donauhäfen auf fünf, diejenige für Reisende aus den Häfen der asiatischen Türkei auf elf Tage bemessen ist. Die ganze Grenze der europäischen Türkei ist für Personen- und Waarenverkehr geöffnet. Waaren und Postpakete aus Rußland, Budapest und den verbotenen Orten der asiatischen Türkei unterliegen dabei einer vierundzwanzigstündigen Quarantäne und Desinfizierung. Das Verbot gegen die Einfuhr gebrannter Wäpfe sowie von Gewehren, Obi u. s. w. aus Ungarn, Rußland und der asiatischen Türkei bleibt bis auf Weiteres in Kraft.

Washington, 11. Dez. Der Bericht des Staatssekretärs für die Marine, B. Tracy, an den Kongreß stellt fest, daß die Marine der Vereinigten Staaten unter der Verwaltung des Prääsidenten Harrison um 19 Schiffe vermehrt worden ist und 18 Schiffe sich zur Zeit im Bau befinden. Vier von den neuen Schiffen haben über 8000 Tons Gehalt. Das für die Panzerkisten verwendete neue Metall, „Harvey-Nickelstahl“, übertrifft dem Bericht zufolge das in den Marines der übrigen Länder zur Anwendung kommende; der Staatssekretär glaubt, daß auch England zu demselben übergehen werde. An Torpedobooten hat die Marine der Vereinigten Staaten nur zwei.

Newyork, 11. Dez. Der „Newyork Herald“ veröffentlicht ein Telegramm aus Panama, wonach das amerikanische Schiff „Philadelphia“ bei seiner Rückkehr nach La Guayra eine Strafe von 10 000 Frez. zahlen mußte. Dasselbe war vor etwa drei Wochen mit dem bisherigen Gouverneur von Caracas, Mirajares, an Bord, dessen Auslieferung von den Behörden von La Guayra gefordert, aber von dem Kapitän des „Philadelphia“ verweigert wurde, in Newyork eingetroffen.

Newyork, 12. Dez. (Melbung des „Reuterschen Bureau.“) Gerüchtweise verlautet hier, daß zahlreiche nicht dem Gewerkevereine angehörige Arbeiter sowie eine Anzahl Militärsoldaten, die zum Schutze der Carnegie'schen Werke in Homestead beordert waren, von einem Koch vergiftet worden seien. Letzterer habe ein Giftgemisch abgelegt, demzufolge er die für

die Arbeiter und die Soldaten zubereiteten Speisen auf Veranlassung der Führer des jüngsten Ausstandes mit Gift gemischt habe. Wie es heißt, wären sechs Personen in Folge dieser Vergiftungen gestorben. Mehrere Verhaftungen sollen vorgenommen worden sein.

Wilhelmsbrück, 13. Dez. [Privat-Telegramm der „Pos. Ztg.“] Der Mörder des Oberwachmeisters Marschner wurde gestern Abend in der Person des Wirths Thomas Gruszka aus Donaborow durch den Distrikts-Kommissarius Sutarzki hier ermittelt und verhaftet.

Gent, 13. Dez. Nach Schluß einer sozialistischen Versammlung wollten die Theilnehmer derselben die Straßen durchziehen. Als die Polizei sie daran verhinderte, stürzten die Manifestanten mit Dolchen und Messern auf die Polizei, wobei drei Polizeiagenten schwer verletzt wurden. Die Gendarmerie nahm mehrere Verhaftungen vor.

Brüssel, 13. Dez. Nachrichten, die vom Ufer des Tanaganikasee vom 15. September eingegangen sind, berichten, daß der Führer der Streitkräfte der Antislaverei-Gesellschaft Saque Zoubert sich im besten Wohlbefinden befindet.

Brüssel, 13. Dez. Nach einer weiteren Meldung aus Gent wurden bei dem Zusammenstoß der Manifestanten mit der Polizei etwa 30 Personen verwundet, darunter fünf Polizeiagenten, drei von diesen schwer.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Dezember 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temperatur in Cels. Grad.
12. Nachm. 2	745.3	S mäßig	bedeckt	- 2.0
12. Abends 9	744.4	SW frisch	bedeckt	+ 1.3
13. Morgs. 7	744.3	SW schwach	bedeckt	+ 1.7

1) Den Tag über Schnee.

Am 12. Dez. Wärme-Maximum + 1.3° Cels.

Am 12. „ Wärme-Minimum - 12.0° „

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Dez. Morgens 0.04 Meter

„ „ 12. „ Mittags 0.50 „

„ „ 13. „ Morgens 0.50 „

Produkten- und Börsenberichte.

Wandels-Kurze.

Breslau, 12. Dezember. (Schlußkurze.) Sich bessernd. Neue 3proz. Reichsanleihe 86.00, 3 1/2proz. „-Brandenb. 97.95, Konf. Türken 21.55, Türk. Loose 92.00, 4proz. ung. Goldrente 96.10, Bresl. Diskontobank 96.50, Breslauer Wechselbank 96.50, Kreditaktien 165.25, Schles. Bankverein 111.50, Donnersmarchhütte 82.25, Föbber Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 111.00, Oberschles. Eisenbahn 12.15, Oberschles. Portland-Zement 68.00, Schles. Zement 113.50, Oppeln. Zement 84.00, Schl. D. Zement 113.00, Kramka 123.00, Schles. Zinkaktien 186.75, Laurahütte 9.500, Vereln. Deifabr. 91.50, Oesterreich. Banknoten 169.45, Russ. Banknoten 203.00, Gieseler Cement 69.00.

Frankfurt a. M., 12. Dez. (Schlußkurze.) Fest. Lond. Wechsel 20.345, 4proz. Reichsanleihe 107.00, österr. Silberrente 82.00, 4 1/2proz. Papierreente 82.50, do. 4proz. Goldrente 98.40, 1860er Loose 126.10, 4proz. ung. Goldrente 95.70, Italiener 92.60, 1880er Russen 97.00, 3. Orientanl. 66.30, unifiz. Egypter 99.70, lomb. Türken 21.80, 4proz. türk. Anl. —, 3proz. port. Anl. 21.80, 5proz. serb. Rente 76.10, 5proz. amort. Rumänier 96.90, 5proz. lomb. Mexik. 77.00, Böhm. Westbahn 291.20, Böhm. Nordb. 156, Franzosen —, Galtzer 183 1/4, Gotthardbahn 156.40, Lombarden 79 1/4, Südb.-Büchen 140.00, Nordwestbahn 178 1/4, Kreditaktien 263 1/4, Darmstädter 130.50, Mittelb. Kredit 96.00, Reichsb. 149.50, Disk. Kommandit 177.20, Dresdner Bank 138.70, Pariser Wechsel 80.866, Wiener Wechsel 169.00, serbische Tabaksrente 76.00, Bochum. St. f. Stahl 115.10, Dortmund. Union 51.20, Sarpener Bergwerk 126.00, Hibernia 113.70, 4proz. Spanier 64.50, Wiener 109.90.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263 1/4, Disk.-Kommandit 177.00, Berliner Handelsgesellschaft —.

Paris, 12. Dez. (Schlußkurze.) Matt. 3proz. amort. Rente 99.60, 3proz. Rente 99.72 1/2, 4proz. Anl. —, Italien. 5proz. Rente 93.60, österr. Goldr. —, 4proz. ungar. Goldr. 96.68, 3. Orient-Anl. 66.20, 4proz. Russen 1889 97.90, 4proz. Egypter 99.32 1/2, lomb. Türken 21.97 1/2, Türkenl. 91.50, Lombarden 216.00, do. Priorit. 435.00, Banque Ottomane 599.00, Panama 5proz. Obligat. —, Rio Tinto 419.30, Tab. Ottom. 865.00, Neue 3proz. Rente —, 3proz. Portugiesen 22.43, 3proz. Russen 80.25.

Privatdiskont 2 1/4 Proz. **London, 12. Dez.** (Schlußkurze.) Matt. Engl. 2 1/4proz. Consols 97 1/4, Preuss. 4proz. Consols 107.00, Italien. 5proz. Rente 93, Lombarden 8 1/2, 4proz. Russen 1889 97.90, 4proz. Egypter 99.32 1/2, lomb. Türken 21 1/2, österr. Silber. 82.00, österr. Goldrente 97, 4proz. ungar. Goldrente 95 1/2, 4proz. ungar. Goldr. 96 1/2, 4proz. Egypter 99 1/2, 4proz. unifiz. Egypter 98 1/2, 4proz. gar. Egypter —, 4 1/2proz. Tribut-Anl. 96 1/2, 3proz. Mexikaner 78.00, Ottomanbank 13 1/2, Suezaktien —, Canada Pacific 92, De Beers neue 17 1/2, Blagobistont 1 1/2.

Produkten-Kurze.

Röln, 12. Dez. (Getreidemarkt.) Weizen loth hiesiger 15.75, do. fremder loth 17.00, per März 16.55, per Mai —, Roggar hiesiger loth 15.25, fremder loth 15.75, per März 14.30, per Mai —, Hafer hiesiger loth 14.75, fremder —, Rübsl loth 56.00, per Mai 53.00, per Okt. —, Wetter: Thauwetter.

Bremen, 12. Dezember. (Börsen-Schlussbericht.) staattisches Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Fackelschmelz. Schwach. Loth 5.50 Br.

Gaumwolle. Willig. Upland middl. loth 50 Pf., Upland Basis middl., nichts unter low middl., auf Termislieferung v. Dez. 49 1/2 Pf., per Jan. 49 1/2 Pf., v. Febr. 50 1/2 Pf., v. März 50 1/2 Pf., v. April 50 1/2 Pf., per Mai 50 1/2 Pf., v. Juni 50 1/2 Pf.

Schmalz. Fest. Schafer — Pf., Wilcox — Pf., Choice Groceries schwimmend, 51 Pf., Armour 52 Pf., Armour schwimmend 51 Pf., Rube u. Brother (pure) 51 1/2 Pf., Fatbants — Pf. Speck. Rußig. Nov.-Abladung 46, Dez.-Januar-Abladung short clear middl. 44, long clear middl. 43.

Wolle. Umlag 52 Ballen. Tabak. 2 400 Seronen St. Domingo, 56 Seronen Havana, 148 Seronen Carmen, 170 Baden Paraguan, 97 Baden Carmen, 1072 Baden Habannab.

Bremen, 12. Dez. (Kurse des Effekten- und Waller-Berlins 5proz. Nordd.-Wollmanufaktur- und Rammgarn-Spinnerei-Aktien 150 Br., 5proz. Nordd. Lloyd-Aktien 96 1/4 bez.

Hamburg, 12. Dez. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good ave-

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder u. Co. (A. Höpfer) in Bosen.